



Mitteilungsvorlage

Federführung: Organisation und Digitalisierung/Kommunales Studieninstitut
Aktenzeichen: 101-
Beteiligungen: Bauverwaltung und kaufmännische Gebäudewirtschaft

Drucksachennummer: 26/304
Erstellungsdatum: 13.03.2026
Öffentlichkeitsstatus: öffentlich

Beratungsfolge:

Stadtrat

Sitzungsdatum:

26.03.2026

Betreff:

Aktueller Sachstandsbericht Interkommunale Zusammenarbeit (IKZ) gem. Antrag der Fraktionen CDU, der SPD und der FDP

Inhalt:

1. Sachverhalt

Der Stadtrat hat auf Antrag der Fraktionen CDU, SPD und FDP in seiner Sitzung vom 27.11.2025 die Geschäftsleitung beauftragt, in 7 Bereichen Formen der IKZ sowie geeignete Kooperationspartner und Fördermöglichkeiten zu prüfen. Das Ergebnis war spätestens im 1. Quartal 2026 vorzulegen. Grundlage bildet zudem der HPA-Beschluss vom 27.10.2025 zur Prüfung einer gemeinsamen Vergabestelle.

2. Ergebnisse der Prüfung (alle 7 Prüffelder)

Nr.	Prüffeld	Status	Kurzergebnis
1	Digitalisierung bei Massenverfahren (KFZ, Führerschein, Wohn-/Elterngeld)	✓ über Bund-/Landeslösungen	Wird bereits durch Bund-/Landeslösungen gelebt (IKfz, digitale Antragsstrecken aktiv). Daher kein zusätzlicher Bedarf.
2	Gemeinsame Vergabestelle ★ <i>Schwerpunkt der Prüfung</i>	→ Zentrale Vergabestelle empfohlen, statt dezentrale Strukturen	Alle potenziellen Kooperationspartner verfügen über eigene Strukturen. VG Rüdesheim sagte am 03.03.2026 ab. IKZ ist konzeptionell wertvoll – strukturell derzeit schwer umsetzbar. Die Kooperationspartnersuche hat ergeben: Die Stadt Bad Kreuznach ist im Bereich Vergabe dezentral aufgestellt. Das heißt: Jedes Fachamt führt seine Vergaben eigenständig dezentral durch. Aus den IKZ-Arbeitsgesprächen mit potenziellen Kooperationspartnern und Rückmeldung des Donnersbergkreises geht hervor, dass eine IKZ derzeit aufgrund der dezentralen Strukturen der Stadt Bad Kreuznach – die unabhängig von einer IKZ-Lösung bestehen – als schwer umsetzbar und wenig attraktiv eingeschätzt wird; zugleich wird vor dem Hintergrund der bevorstehenden Großprojekte – wie den Neubauten der Grundschule Bösgrunderweg und der Kita Im Ellenfeld – empfohlen, die dezentralen Strukturen hin zu einer zentralen Vergabestelle aufzubauen. Dies trägt der massiven Steigerung der Ausschreibungsintensität Rechnung, die von circa zwei EU-Vergaben im Jahr 2025 auf voraussichtlich etwa 14 im Jahr 2026 ansteigen wird.
3	Zentrale Beschaffungsstelle	→ In Prüfung	ZBL-Rahmenverträge des Landes RLP seit 2017 aktiv (800 + Dienststellen). Erst interne Zentralisierung), dann IKZ prüfen.
4	Cybersicherheit	→ IKZ nicht empfohlen	IT-Prüfung: Sicherheitsrelevant und organisatorisch nachteilig. Individuelle IT-Lösungen nötig; Synergien nur über Bund-/Länderebene sinnvoll.
5	Arbeitsschutz	→ In Prüfung	Stabstelle Gesundheitsmanagement prüft intern, noch kein abschließendes Ergebnis
6	Brand- u. Katastrophenschutz	✓ Stadt- und gesetzliche eigene Umsetzung - vertikale Zusammenarbeit	Zusammenarbeit auf vertikaler Ebene wird stadteigen umgesetzt.
7	Konzepte zum Fachkräftebedarf	→ noch ausstehend	Wegen Einführung digitales Bewerbermanagement ausstehend, Umsetzung voraussichtlich 2026.

3. Aktueller Ist-Stand Stadt Bad Kreuznach im Bereich Vergabe

Die Stadt Bad Kreuznach tritt als öffentlicher Auftraggeber in erheblichem Umfang mit Beschaffungs- und Vergabeverfahren auf. Diese Verfahren unterliegen dem öffentlichen Vergaberecht, das in den vergangenen Jahren eine signifikant steigende rechtliche wie technische Komplexität erfahren hat.

Derzeit erfolgt die Durchführung von Vergabeverfahren dezentral in den jeweiligen Fachbereichen. Eine zentrale Stelle mit vergaberechtlicher Entscheidungsbefugnis und Gesamtverantwortung ist in der Verwaltungsorganisation der Stadt Bad Kreuznach bislang nicht vorhanden.

Im Vorfeld dieser Mitteilung hat die Verwaltung die Möglichkeit einer interkommunalen Zusammenarbeit im Bereich „Gemeinsame Vergabestelle“ geprüft. Gespräche mit der Kreisverwaltung Bad Kreuznach und der VG Rüdesheim als potentieller Kooperationspartner haben stattgefunden.

Alle geprüften Kommunen verfügen bereits über eigene, etablierte Strukturen und Vergabestellen. Der Mehrwert einer gemeinsamen Vergabestelle ist unter den bei der Stadt gegebenen Voraussetzungen für die VG Rüdesheim nicht hinreichend gegeben; eine Kooperation mit der Stadt Bad Kreuznach erscheint zum jetzigen Zeitpunkt wenig attraktiv.

4. Bevorstehende Großmaßnahmen/Neubauvorhaben und externe Kostenprognose 2026

Mit den folgenden Neubauprojekten stehen der Stadt Bad Kreuznach in den kommenden Jahren vergaberechtlich anspruchsvolle Neubau-Maßnahmen bevor:

- Grundschule Bösgrunderweg
- Kita Im Ellenfeld

Erwartete externe Kosten – Vergabevolumen Prognose 2026

Bauprojekte 2026	Anzahl nationale Vergaben	Anzahl EU-Vergaben
Neubau Grundschule Bösgrunderweg	ca. 22	6
Kita Im Ellenfeld	ca. 23	6
Abt. 650 Objektmanagement	ca. 20	ca. 2
Gesamt Stadtbauamt	ca. 65 nationale Vergaben/Jahr	ca. 14 EU-Vergaben/Jahr, derzeit zzgl. über externe Planer und Ingenieurleistungen vergeben Quelle: interne Statistik – Stadtbauamt und RPA 2026

EU-Vergaben – steigende Tendenz

→ Im Jahr 2025 ca. 2 EU-Vergaben

- Prognose: ca. 2 Bauprojekte/Jahr → ca. 14 EU-Vergaben jährlich, zzgl. externe Planer- und Ingenieurleistungen
- Erwartete externe Kosten: ca. 12.500 EUR pro externe Planer- und Ingenieurleistungen = ca. 175.000 EUR

5. Bewertung und Empfehlung der IKZ-Option: Gemeinsame Vergabestelle

Die Verwaltung hat geprüft, ob die Einrichtung einer gemeinsamen Vergabestelle im Rahmen interkommunaler Zusammenarbeit zielführend ist. Das Modell bietet grundsätzlich Chancen: Fördermittel von bis zu 260.000 EUR könnten einen Initialanschub leisten, die Bündelung komplexer EU-Vergaben verspricht Skaleneffekte, und eine gemeinsame Personalausstattung würde Resilienz und Rechtssicherheit stärken.

Allerdings überwiegen derzeit die Hemmnisse. Alle potenziellen Partner verfügen bereits über eigene Vergabestrukturen; eine relevante Verwaltungseinheit hat eine operative Kooperation ausdrücklich abgelehnt. Rechtliche Fragen zur Leistungsverrechnung – sind derzeit noch ungeklärt.

Die Verwaltung empfiehlt daher, zunächst die eigenen interne Vergabestrukturen auszubauen und zu zentralisieren.

Die IKZ-Option wird von der Verwaltung weiterhin aktiv verfolgt und bleibt als strategische Perspektive für die Zukunft ausdrücklich offen. Der Stadtrat wird erneut informiert, sobald sich eine tragfähige Kooperationslösung abzeichnet, an der wir konstruktiv arbeiten



Emanuel Letz
Oberbürgermeister